

Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland – Gefährdung menschlicher Sicherheit in einem reichen Land

VON ALFRED SCHLEIMER¹

Lange Zeit ist Deutschland mit seinem wohlfahrtspolitischen System vorbildlich gewesen. Dies hat zu einer weitgehend ausreichenden Versorgung mit und Finanzierung von sozialen Dienstleistungen geführt.

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf Basis von Lohn- und Beschäftigungsverhältnissen war zunächst ebenso wenig ein Problem wie die staatlich beziehungsweise kommunal refinanzierten Basis- und speziellen sozialen Dienstleistungen. Vorrangig wurden sie durch die Wohlfahrtsverbände und unter der Option von Wahlfreiheit für Rat- und Hilfesuchende erbracht.

Die seit 1975 steigende Arbeitslosigkeit führte zuerst zu Einschränkungen bei den Leistungen aus der Arbeitslosen- und Arbeitslosenhilfeversicherung. In den letzten Jahren wurden die Einnahmeausfälle aufgrund des Beitragsrückgangs infolge der Arbeitslosigkeit auch in der Renten- und Krankenversicherung zum wachsenden Problem. Die staatlichen Leistungen für Kinder stagnieren ebenfalls schon seit Jahren. Daran änderten auch gegenteilige Bekennnisse quer durch die Parteien für die Verbesserung von Familienleistungen nichts: Die bundesrepublikanische Gesellschaft muss als wenig kinderfreundlich eingeschätzt werden (siehe Grafik). In der Konsequenz zählen Mehrkinderfamilien und Einelternfamilien zu den von materieller Armut am meisten betroffenen Gruppen.

Die generative Leistung der Familien findet keine gesellschaftliche Anerkennung, die Unterhaltsleistungen für Kinder bleiben weitgehend ‚Privatsache‘ der Familien. Die demographische Entwicklung – immer weniger Kinder und eine steigende Zahl älterer Menschen mit längerer Lebenserwar-

tung – wird zwar problematisiert und für die Rentenversicherung als bedrohlich eingeschätzt, eine nachhaltige Veränderung ließe sich politisch nur ansatzweise durchsetzen – durch Absenkung der Rentenhöhe. Die geringe Kinderzahl ist insofern bevölkerungspolitisch bedenklich, als dass Trends in den Kommunen erkennbar werden, nach denen die Einwohnerzahlen der Städte in den nächsten 20-30 Jahren zwischen 12 und 16 Prozent zurückgehen.²

Chiffre Eigenverantwortung und Mündigkeit

Der Staat fällt zusehends als Katalysator und Umverteiler volkswirtschaftlicher Leistung aus – wie dies als Ausprägung der sozialen Marktwirtschaft impliziert ist, indem die Starken für die Schwachen mitsorgen. Im Zuge von Liberalisierung und Globalisierung wird unter der Chiffre Eigenverantwortung und Mündigkeit des Bürgers für seine Lebensverhältnisse staatliche Umverteilung zurückgefahren und Eigenbeteiligung bei den Sicherungssystemen und der Daseinsvorsorge eingeführt. Die Entlastung einkommensstarker Bürger und der Wirtschaft von Steuern und Abgaben führt zu einem ‚armen‘ Staat, dem für eine Umverteilung und eine staatlich garantierte Daseinsvorsorge die Mittel fehlen.

Die Bundesregierung hat ihre zweite Regierungsperiode 2002 - 2006 ganz unter die Zielsetzung der Agenda 2010 gestellt. Ziel der Agenda 2010 ist die Konsolidierung der Sozialen Sicherungssysteme durch eine nachhaltige Einnahmen- und Ausgabenstabilität. Durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors wird mittel- bis langfristig das Rentenniveau gesenkt und es wird immer wahrscheinlicher, dass die Rente

für einen Teil der älteren Menschen – überwiegend alleinlebende Frauen – auf das Niveau der Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung absinkt. Ganz aktuell müssen Rentenbeziehende zukünftig den vollen Beitragssatz zur Pflegeversicherung sowie Praxisgebühren und höhere Anteile an Medikamentenkosten erbringen.

Die Reformen des Arbeitsmarktes durch einen Umorientierung auf „Fördern und Fordern“ sollen die Steigerung der Effektivität bewirken und durch Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen, tatsächlich aber zu einer geringeren Leistung für Arbeitssuchende führen. Die Menschen werden im Verständnis von „Fördern und Fordern“ auf den Arbeitsmarkt verwiesen, um sich ihre Existenz zu sichern. Ziel der Sozialpolitik ist es nicht mehr, eine menschenwürdige Lebensführung zu ermöglichen.

Menschenwürdige Lebensführung keine staatliche Zielsetzung mehr

Im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden scharfe soziale Einschnitte bei den bisherigen Arbeitslosenhilfeempfängern vorgenommen. So erhalten zukünftig etwa 500 000 Personen keine Leistungen mehr aus der Arbeitslosenhilfe, in Ostdeutschland betrifft das 31 Prozent aller Leistungsbezieher.³ Die Zahl derer, die zukünftig mit Haushaltseinkommen in Sozialhilfeshöhe leben müssen, steigt von 2,8 Mio. auf 4,5 Mio. Menschen an. Den unteren Einkommensgruppen wird aufgrund der Einschnitte und der Anrechnung von Partnereinkommen und -vermögen im Zeitraum der Jahre 2004 bis 2005 ein Einkommen von sechs bis acht Milliarden Euro entzogen.⁴

¹ Alfred Schleimer ist Referent im Referat Koordination Sozialpolitik – Arbeitsstelle Armutsfragen – im Deutschen Caritasverband.

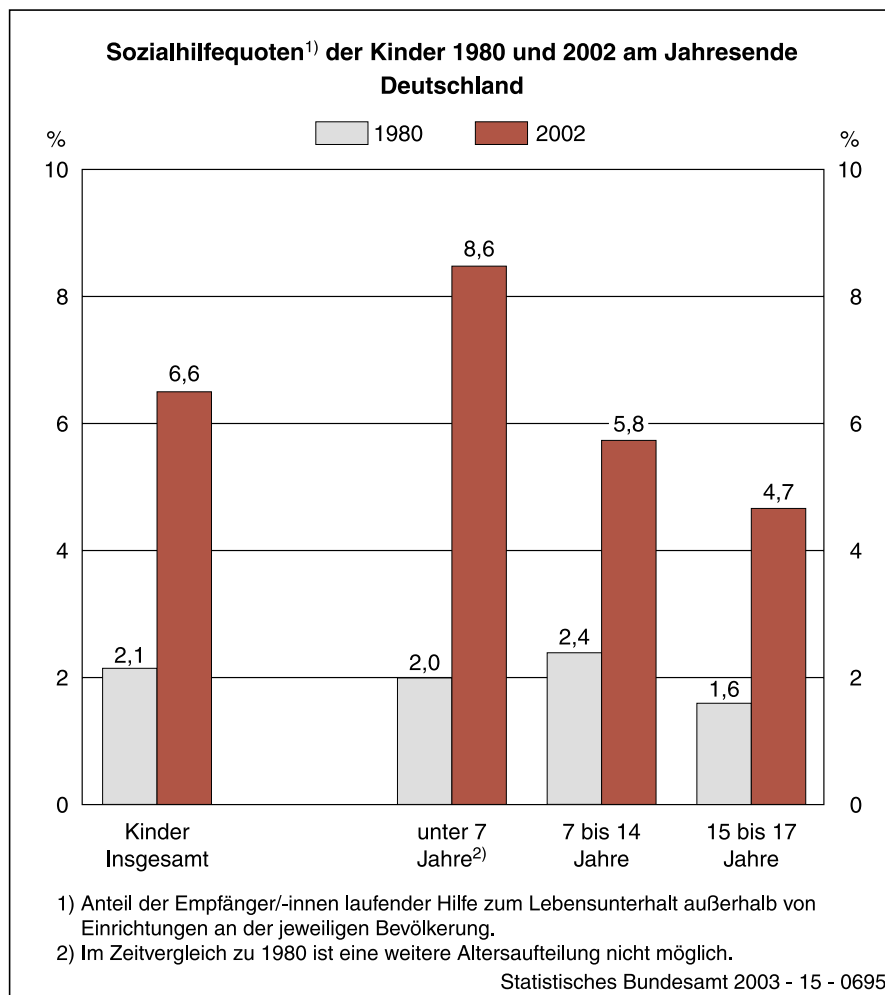
² Badische Zeitung vom 23.04.04

³ Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10.04.04

⁴ Eigene Berechnung nach dem Finanztableau der Hartz-IV-Gesetze.

Hinzu kommt eine gesteigerte Kostenbeteiligung an Gesundheitsleistungen. Die Folgen des Eigenbeitrages können sein, dass Sozialhilfebeziehende und Haushalte mit geringem Einkommen sich Gesundheitsversorgung im notwendigen Umfang und zur erforderlichen Zeit nicht mehr werden leisten können. Allein im ersten Quartal des Jahres 2004 ging die Zahl der Arztbesuche um 9 Prozent zurück.⁵

Begründet mit der Notwendigkeit einer Konsolidierung der staatlichen und kommunalen Haushalte werden nicht nur unterstützungs- und existenzsichernde Leistungen für Bürger zurückgenommen, sondern auch die Finanzierung sozialer Dienste und Einrichtungen eingestellt oder eingeschränkt. So kommt es aufgrund der prekären Finanzausstattung der Kommunen zu Kürzungen in sozialen Bereichen. Betroffen sind vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen. So kann häufig ein kostenfreier Zugang zu Bildungsdienstleistungen (Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken) nicht mehr gewährt werden und auch die Vergünstigungen für Benachteiligte sind in diesen Bereichen zunehmend gefährdet.



⁵ Badische Zeitung vom 29.04.04